

# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster

## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 1:

Antragsteller	CDU-Kreisverband Nordfriesland
---------------	--------------------------------

2

#### 3 **Juristenausbildung in das 21. Jahrhundert bringen – juristisches erstes** 4 **Staatsexamen weiterentwickeln.**

5

6 Die CDU Schleswig-Holstein fordert:

- 7 • Die Einführung des elektronischen Examens (E-Examen) bis 2026.
- 8 • Die Garantie des Ruhetages während der Examensklausuren.
- 9 • Eine neue Zusammensetzung der Examensnote, die Leistungen während des Studiums
- 10 berücksichtigt.
- 11 • Eine zeitnahe Realisierung des integrierten Jura-Bachelors.
- 12 • Möglichmachung des Abschichtens bei Examensklausuren (wie es bereits in Nordrhein-
- 13 Westfalen und Niedersachsen erfolgt) oder alternativ die Reduzierung der Stoffmenge an
- 14 Rechtsgebieten in der staatlichen Pflichtfachprüfung (bspw. Arbeitsrecht und Internationales
- 15 Privatrecht).

16

#### 17 **Begründung:**

18 Die Unzufriedenheit mit der juristischen Ausbildung ist zu einem aktuellen Dauerthema der  
19 Rechtswissenschaften und -politik ausgewachsen. Anlässlich fortdauernder Diskussionen hat die  
20 sogenannte „iur.reform“-Studie sich des Themas umfangreich empirisch angenommen. Infolge  
21 dessen wurden über 11.000 Teilnehmer umfangreich befragt, einschließlich Juristinnen und  
22 Juristen in der Justiz (bspw. Richter, Staatsanwälte, Prüfungsämter). Dabei bildeten rund 43% der  
23 Teilnehmer Studentinnen und Studenten. Im Ergebnis wird deutlich: Die Mehrheit will eine  
24 Reform des Studiums. Das betrifft insbesondere aus Sicht der Studentinnen und Studenten die  
25 emotionale Belastung durch die Notenzusammensetzung der Examensnote. Sie begründet sich

26 unter anderem darin, dass die Note keine Leistungen des Studiums berücksichtigt, mit Ausnahme  
27 des Schwerpunktes – jedoch in geringem Umfang.

28

29 Die Strukturen des Studiums der Rechtswissenschaften haben sich seit Begründung vor 150 Jahren  
30 nur wenig geändert. Eine Umstellung auf ein Studium nach Bologna-Prozess (Bachelor und  
31 Master) ist indes nicht das Ziel. Die Ansprüche an die juristische Ausbildung müssen auch weiter  
32 hoch bleiben, um Qualität zu gewährleisten. Es ist jedoch Zeit, das Staatsexamen zu modernisieren.  
33 Hierzu gehört alleine schon, dass es möglich sein muss, Klausuren auch digital zu verfassen  
34 (weiterhin aber als Aufsichtsarbeit).

35

36 Das Einzige, was sich kontinuierlich entwickelt, ist die Menge an Prüfungsstoff, der in den JAVO der  
37 Länder vergrößert wird. Es kamen im Laufe der letzten Jahrzehnte zahlreiche neue Rechtsgebiete  
38 hinzu, die neben dem eigentlichen juristischen Kern von Zivilrecht (BGB, ZPO), öffentlichem Recht  
39 (GG, VwVfG, VwGO, LVwG, ff.) und Strafrecht (StGB, StPO) beherrscht werden müssen. Es ist kritisch  
40 zu überprüfen, welche weiteren Rechtsgebiete (bspw. Arbeits-, Umweltrecht oder Internationales  
41 Privatrecht) zwangsläufig in einer Examensprüfung selbst enthalten sein sollten.

42

43 Ziel muss es sein, das Studium attraktiver zu gestalten und den Existenzdruck, der sich im Examen  
44 auf wenige Tage Prüfungsleistung komprimiert, zu reduzieren. Gleichzeitig sollten Möglichkeiten  
45 der Digitalisierung genutzt werden. Im Falle des Nichtbestehens eines Examens, ergibt sich durch  
46 den sogenannten integrierten Jura-Bachelor die Möglichkeit, trotz mehrjährigen Studiums und  
47 zahlreicher Leistungen (alleine bis zur Zulassung zu den Examensprüfungen), anzuknüpfen und  
48 nicht „auf Null“ zu fallen. Das verschwendet weniger Steuergelder durch das bereits erfolgte  
49 Studium und insbesondere wirkt es einem Arbeits- und Fachkräftemangel entgegen, indem es  
50 junge Menschen nach Jahren eines Studiums nicht zurücklässt.

51

Dienstag, 1. Oktober 2024, 18.30 Uhr



# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster

## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 2:

Antragsteller	CDU-Kreisverbände Dithmarschen u. Nordfriesland
---------------	---

2

#### 3 Heimische Fischerei unterstützen und erhalten

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

6 Die CDU Schleswig-Holstein fordert:

- 7 • Die im Windenergie-auf-See-Gesetz festgeschriebene Fischerei-komponente in Höhe von fünf
- 8 Prozent im vollen Umfang zweckgebunden für die Fischerei einzusetzen.
- 9 • Die finanzielle Förderung der Modernisierung unserer Fischereiflotte, z. B. durch
- 10 zinsvergünstigte Darlehen beim Erwerb neuer Schiffe sowie durch nachhaltige Zuschüsse aus
- 11 den Mitteln der Nationalparkstiftung Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und des neu
- 12 angelegten Sondervermögens für den Erhalt der regionalen, traditionellen Krabbenfischerei und
- 13 deren schutzgebietsverträgliche Ausgestaltung.
- 14 • Die steuerliche Gleichbehandlung von Verkaufserlösen der Küstenfischerei und der kleinen
- 15 Ausflugsschiffahrt bei Reinvestitionen in den Betrieb, wie es bereits seit vielen Jahren bei der
- 16 Binnenschiffahrt der Fall ist.
- 17 • Den Erhalt der Fang- und Zuchtgebiete sowie Fangmöglichkeiten in der Nordsee.
- 18 • Die Anerkennung der fischereilichen Nutzung als Bestandteil des Nationalparks und
- 19 Weltnaturerbes Wattenmeer. Die drei wichtigsten Grundsätze sind relevanter denn je:
- 20 ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit; wirksame regionale Zusammenarbeit;
- 21 wissenschaftsbasierte Entscheidungsfindung.
- 22 • Die Öffnung der Windparks und Offenhaltung der FFH-Gebiete über die nationalen
- 23 Gestaltungsmöglichkeiten zur Diversifizierung in der Fischerei.
- 24 • Den Erhalt und Ausbau der bestehenden Hafeninfrastrukturen an der Westküste sowie die
- 25 Instandhaltung und gegebenenfalls Vertiefung von Fahrrinnen.
- 26 • Ein nachhaltiges Bestandsmanagement für den Fischotter und den Kormoran.

27 **Begründung:**

28 Wir bekennen uns zur Fischerei als heimisches Handwerk in all ihren Ausprägungen. Die Fischerei  
29 gehört zur Westküste. Ob Küstenfischerei, Binnen-fischerei, Teichwirtschaft, Aquakultur oder  
30 Angelfischerei – sie alle sind Teile unserer traditionellen und nachhaltig wirtschaftenden Fischerei.

31 Wir wollen die heimische Fischerei gegen die Herausforderungen des Klimawandels, des  
32 internationalen Wettbewerbs sowie gegenüber den sich ver-ändernden Ansprüchen der Gesellschaft  
33 stärken. Hierzu müssen die Rahmenbedingungen zwingend angepasst werden, um Nachteile  
34 auszugleichen und ein wirtschaftliches Arbeiten überhaupt zu ermöglichen.

35 Die Nationalparkstiftung Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer wurde über Verträge zwischen den  
36 Bundesländern Hamburg und Schleswig-Holstein mit Millionenbeträgen ausgestattet, auch um die  
37 Küstenfischerei bei der nach-haltigen Modernisierung ihrer Flotte durch Zuschüsse zu unterstützen.

38 Die in der Vereinbarung von 2016 zwischen den beiden Bundesländern auf-geführte ökologisch,  
39 ökonomisch und sozial nachhaltige Ausgestaltung der Krabbenfischerei im Wattenmeer ist nach  
40 unserer Überzeugung durch die Stiftungsgremien nicht mit einer angemessenen Auszahlung von  
41 Zuschüssen umgesetzt worden. Aufgrund des hohen Stiftungsvermögens sind auch in den nächsten  
42 Jahren Förderungen für die Küstenfischerei möglich.

43 Nach der neuen Vereinbarung aus dem Jahr 2023 ist festgelegt, dass Gelder aus dem neu gebildeten  
44 Sondervermögen für Maßnahmen zur schutzgebiets-verträglicheren Ausgestaltung der Krabben-  
45 und Küstenfischerei einsetzbar sind. Durch die Finanzierung konkreter Projekte aus  
46 Stiftungsgeldern und aus dem Landes-Sondervermögen ist nun die Umsetzung durch das Land, die  
47 Nationalparkstiftung und die Fischerei anzugehen.

Dienstag, 1. Oktober 2024, 18.30 Uhr

# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster



## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 3:

Antragsteller	Junge Union Schleswig-Holstein
---------------	--------------------------------

2

#### 3 Nord-Ostsee-Kanal – die Lebensader der nordeuropäischen Schifffahrt!

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

6 Der Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein fordert:

- 7 • die schleswig-holsteinische Landesregierung und Bundesregierung auf, den
- 8 Nordostseekanal als Lebensader der Wirtschaft und des Umweltschutzes anzuerkennen.
- 9 • in Zusammenarbeit mit dem Bund die Mittel zum Erhalt des Nord-Ostsee-Kanals zu erhöhen.
- 10 • beschleunigte Verfahren zum Erhalt des Nord-Ostsee-Kanals für Reparaturarbeiten.

11

#### 12 Begründung

13 Der Nord-Ostsee-Kanal verkürzt die Fahrt von der Nordsee beziehungsweise dem Nordatlantik in  
14 die Ostsee und andersherum um 250 Seemeilen (460 km). Diese Verkürzung spart nicht nur  
15 Transportkosten und schont infolge der Umwelt, sondern spart auch Transportzeit. Dies setzen  
16 allerdings einen reibungslosen Ablauf, fehlerfreie Infrastruktur und konstante Unterstützung  
17 unserer Landes- und Bundesregierung voraus. Um dies leisten zu können, muss sich die  
18 Landesregierung klar zu unserem künstlichen Schifffahrtsweg bekennen und dessen Mittel deutlich  
19 erhöhen, damit Genehmigungen schneller erteilt und Reparaturarbeiten schneller vollzogen  
20 werden.

Dienstag, 1. Oktober 2024, 18.30 Uhr

# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster



## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 4:

Antragsteller	Delegierter Torsten Kowitz, KV Segeberg
---------------	---

2

#### 3 Vorrang Erdverkabelung gegenüber Freileitungsbau

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

6 Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass die Landesregierung beim Ausbau von  
7 Leitungsbauprojekten auch bei beschleunigten Verfahren Ökonomie und Ökologie zu prüfen und in  
8 die Abwägung zur Nutzung des Erdkabelvorrang gegenüber dem Freileitungsbau einzubeziehen.

#### 9 Begründung:

10 Die Planungen zum Leitungsbauprojekt NordOstLink werfen, trotz Einhaltung der  
11 planungsrechtlichen Vorgaben, erhebliche Bedenken hinsichtlich der Priorisierung von Erdkabeln  
12 auf. Im laufenden Verfahren wurde festgestellt, dass die steigenden Kosten des notwendigen  
13 Netzausbaus nicht tragbar sind, wenn vermehrt Erdkabel gegenüber Freileitungen eingesetzt  
14 werden, da die Baukosten im Vergleich zu Freileitungen signifikant höher ausfallen. Infolgedessen  
15 sollte die Vorrangstellung von Erdkabeln für Gleichstromtrassen überdacht und gegebenenfalls  
16 aufgehoben werden.

17 Darüber hinaus haben landwirtschaftliche Akteure frühzeitig und wiederholt auf die erheblichen  
18 Auswirkungen dieses umfangreichen Eingriffs hingewiesen. So werden entlang der Gesamttrasse  
19 von 165 km etwa 1.100 Hektar Fläche durch die Bauarbeiten beansprucht, was etwa der Größe von  
20 1540 Fußballfeldern entspricht. Diese Flächen werden voraussichtlich nachhaltige Schäden  
21 erleiden, was schwerwiegende Folgen für die landwirtschaftliche Nutzung hat.

22 Angesichts dieser Tatsachen sollten fortgeschrittene Planungen nicht als Hindernis angesehen  
23 werden, wenn diese offensichtliche und relevante Aspekte unzureichend berücksichtigen. Eine  
24 erneute Überprüfung des Planungsansatzes ist daher erforderlich, um eine fundierte und  
25 tragfähige Entscheidung zu gewährleisten.

Dienstag, 1. Oktober 2024, 18.30 Uhr



# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster

## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 5:

Antragsteller	MIT Schleswig-Holstein und LFA Wirtschaft, Infrastruktur und Wohnungsbau
---------------	---

2

#### 3 Bürgergeld umgehend reformieren!

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

6

##### 7 1. Das Bürgergeld in seiner jetzigen Form ist abzuschaffen

8 Das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands erklärt das Bürgergeld in der aktuellen Form für  
9 gescheitert. Im Falle einer künftigen Regierungsbeteiligung der CDU sei die Abschaffung des  
10 Bürgergeldes begrifflich wie inhaltlich eines der ersten großen Projekte, ist in dem Papier zu lesen.  
11 Die Mitglieder des Bundestages werden aufgefordert, sich für die konsequente Umsetzung des  
12 Grundsatzbeschlusses der CDU Deutschlands einzusetzen. Anstelle des jetzigen Bürgergeldes soll  
13 ein neues Modell der Sozialsicherung entwickelt werden, das den Fokus stärker auf  
14 Eigenverantwortung und die Aktivierung der Bezieher legt.

##### 15 2. Einführung von Pflichtpraktika und gemeinnützigen Tätigkeiten

16 Bezieher der neuen Sozialsicherung sollen zukünftig stärker dazu verpflichtet werden, sich aktiv  
17 für das eigene Vorankommen und für die Belange der Gesellschaft einzubringen. Dazu gehören die  
18 Verpflichtung zur Fortbildung und zur Durchführung von Praktika, die zur beruflichen Integration  
19 beitragen, sowie die Ausführung gemeinnütziger Tätigkeiten nach dem Vorbild der dänischen  
20 Arbeitsmarktpolitik. Diese Maßnahmen sollen nicht nur die Beschäftigungsfähigkeit der  
21 Betroffenen erhöhen, sondern sie auch in der Struktur eines Arbeitsalltags halten sowie ihre  
22 gesellschaftliche Integration gewährleisten.

23

24

25

26 **Begründung:**

27 Das Bürgergeld in seiner aktuellen Form fördert die Eigenverantwortung und Integration der  
28 Bezieher in den Arbeitsmarkt nicht. Es besteht die Gefahr, dass Anreize zur Arbeitsaufnahme  
29 unzureichend sind, was langfristig zu einer Verfestigung von Arbeitslosigkeit führen kann. Dies  
30 widerspricht den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft, die Eigenverantwortung und  
31 Leistungsbereitschaft als zentrale Werte betrachtet.

32 Im Sinne einer nachhaltigen Sicherung müssen Sozialsysteme darauf ausgerichtet sein, Menschen  
33 zur Eigeninitiative zu motivieren und eine Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern. Die  
34 Einführung von zu erwartender Lernbereitschaft von Leistungsempfängern, verpflichtenden  
35 Praktika und gemeinnützigen Tätigkeiten nach dänischem Vorbild bietet eine effektive Möglichkeit,  
36 dies zu erreichen. In Dänemark hat sich dieses Modell bewährt und führt zu einer höheren  
37 Beschäftigungsrate sowie einer stärkeren gesellschaftlichen Teilhabe der Leistungsempfänger.

38 Durch die Reform des Bürgergeldes und die Einführung dieser verpflichtenden Maßnahmen wird  
39 die soziale Sicherung in Deutschland gestärkt, die Beschäftigungsfähigkeit der Bezieher erhöht und  
40 ein wichtiger Beitrag zur gesellschaftlichen Integration geleistet. Dies fördert nicht nur den  
41 Arbeitsmarkt, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die grundsätzliche  
42 Akzeptanz unserer Sozialsysteme in der Bevölkerung.



Dienstag, 1. Oktober 2024, 18.30 Uhr

# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster



## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 6:

Antragsteller	Junge Union Schleswig-Holstein
---------------	--------------------------------

2

#### 3 Glücksspiel regulieren – Eigenverantwortung und Sicherheit balancieren

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

- 6 • eine stärkere Sensibilisierung für die Risiken von Glücksspiel, insbesondere im Bereich der  
7 Sportwetten
- 8 • ein härteres Vorgehen gegen illegales Glücksspiel und illegale Glücksspielwerbung, sowie eine  
9 insgesamt stärkere Regulierung von Glücksspielwerbung
- 10 • bei der Regulierung des individual Glücksspiels pauschale Regelungen wie eine monatliche  
11 Gesamteinzahlungsbegrenzung niedrig anzusetzen
- 12 • zum Zwecke des Spielerschutzes gerade online das Spielverhalten verstärkt durch  
13 Algorithmen zu überwachen
- 14 • Online-Casinospiele bundesweit einheitlich zu regulieren
- 15 • ein Verbot von Drittanbieter-Seiten, auf denen aus glücksspielähnlichen Elementen (z.B.  
16 Lootboxen) erworbene Gegenstände gehandelt werden können
- 17 • die Sicherstellung und Fortsetzung der BZgA-Angebote zur Prävention von Glücksspielsucht  
18 und Beratung von Betroffenen
- 19 • sämtliche Onlinespiele, die Lootboxen enthalten, als Glücksspiel nach niederländischem  
20 Vorbild regulieren.

21

22

## 23 **Begründung**

24 Bei einer erfolgreichen Regulierung von Glücksspiel stehen im Wesentlichen zwei Ziele im  
25 Vordergrund: die Bekämpfung des illegalen Angebotes und eine Gewährleistung des  
26 Spielerschutzes, während man gleichzeitig dem Leitbild des mündigen Bürgers folgt. Daraus folgt,  
27 dass künftig besser geahndet werden muss, ob bspw. rechtswidrig im öffentlichen Raum geworben  
28 wird oder ob illegale Seiten trotz fehlender Genehmigung ihre Dienste in Deutschland anbieten.

29 Hinzu kommt, dass zu strikte Regulierungen das illegale Angebot vergleichsweise attraktiver  
30 machen. Im Moment gilt eine monatliche Gesamteinzahlungsbegrenzung von 1000€ und ein  
31 maximaler Spieleinsatz von 1€, wohingegen auf illegalen Seiten dem nahezu keine Grenzen gesetzt  
32 sind. Diese pauschalen Regelungen lösen allerdings selten das Problem: Zunächst macht sich  
33 problematisches Spielverhalten selten an der Einsatzhöhe fest, sondern eher an der Spielfrequenz,  
34 die dann mit der Zeit erst auch höhere Einsätze mit sich bringt, und außerdem kann auch eine  
35 monatliche Einzahlung von 1000€ bereits enorm problematisch und sogar potentiell  
36 existenzgefährdend sein. Daher ist es sowohl zur Bekämpfung des illegalen Angebotes als auch zum  
37 Zwecke des Spielerschutzes sinnvoll, die pauschalen Regelungen eher niedrig anzusetzen und dafür  
38 dann niedrigschwellig die Möglichkeit zu schaffen, durch entsprechende Einkommensnachweise  
39 auch höhere Einzahlungen und Spieleinsätze zu tätigen.

40 Das Element des Spielerschutzes darf dabei aber nicht zu kurz kommen. Es ist dabei besonders  
41 wichtig, früh problematisches Spielverhalten zu erkennen und darauf hinzuweisen, ggfs. auch  
42 Maßnahmen zu ergreifen. Dafür wollen wir die modernen Möglichkeiten nutzen und das  
43 Spielverhalten noch stärker durch Algorithmen bzw. KI kontrollieren lassen. Das ist zwar bereits  
44 jetzt schon vorgeschrieben und wird auch praktiziert, aber dies gilt es weiter auszubauen und zu  
45 festigen.

46 Aktuell sind bereits u.a. Sportwetten, Online-Poker und virtuelle Automatenspiele durch die  
47 Gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder (GGL) auf Bundesebene geregelt. Dies gilt es zum  
48 Zwecke der Einheitlichkeit auszuweiten, da es gerade beim Online-Spiel wenig Sinn ergibt,  
49 bundesweit unterschiedliche Regelungen zu haben. Besonders ist dabei das Online-Casinospiel  
50 hervorzuheben, also virtuelle Nachbildungen von Bankhalterspielen wie Roulette, Blackjack etc. Von  
51 einem einheitlichen Regulierungsrahmen in diesem Bereich, der im Moment noch bei den Ländern  
52 liegt, profitieren am Ende alle.

53 Ein besonderer Fokus muss auch auf dem Schutz von Jugendlichen liegen. Je präsenter Glücksspiel  
54 in der Öffentlichkeit und gerade auch im Internet, vor allen Dingen auf Livestream-Plattformen, ist,  
55 desto größer ist das Risiko. Weil auf solchen Plattformen allerdings nur sehr schwer Alterskontrollen  
56 eingerichtet werden können, die unumgebar sind, ergibt ein vollständiges Streaming-Verbot von  
57 Glücksspiel Sinn. Weiterhin stellen auch glücksspielähnliche Elemente z.B. in Videospiele eine  
58 Gefahr dar. Besonders bedenklich wird es dann, wenn die z.B. aus Lootboxen erworbenen  
59 Gegenstände auf Drittanbieter-Seiten im Internet anschließend weiterverkauft und damit wieder zu  
60 Geld gemacht werden können. Damit verschwimmen endgültig die Grenzen zwischen „echtem“  
61 Glücksspiel und reinen Zufallselementen. Deswegen müssen auch diese Seiten verboten werden,  
62 damit eine klare Trennung zwischen Glücksspiel und solchen Zufallselementen bestehen bleibt.

Dienstag, 1. Oktober 2024, 18.30 Uhr



# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster

## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 7:

Antragsteller	MIT Schleswig-Holstein und LFA Wirtschaft, Infrastruktur und Wohnungsbau
---------------	---

2

#### 3 **Leistungsbereitschaft durch steuerliche Entlastungen fördern.**

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

6

#### 7 **1. Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags**

8 Die Mitglieder des Bundestages werden aufgefordert, sich für eine Erhöhung des steuerlichen  
9 Grundfreibetrags einzusetzen. Dadurch soll sichergestellt werden, dass ein größerer Teil des  
10 Einkommens steuerfrei bleibt und somit die Grundversorgung der Bürger finanziell besser  
11 abgesichert ist.

#### 12 **2. Steuerbefreiung für Arbeitsstunden über die wöchentliche Höchstarbeitszeit hinaus**

13 Arbeitsstunden, die über wöchentliche Regelarbeitszeit von 40 Stunden hinausgehen, sollen  
14 zukünftig von der Lohnsteuer befreit werden. Dies soll die Bereitschaft fördern, zusätzliche  
15 Arbeitsleistung zu erbringen, und zugleich die finanzielle Anerkennung dieser Leistung  
16 sicherstellen.

#### 17 **3. Abbau des Mittelstandsbauchs durch automatische Anpassungsmechanismen**

18 Der sogenannte Mittelstandsbauch der Steuerprogression, der insbesondere mittlere Einkommen  
19 unverhältnismäßig belastet, soll durch die Einführung automatischer Anpassungsmechanismen  
20 abgebaut werden. Diese Mechanismen sollen sicherstellen, dass Steuerentlastungen zukünftig mit  
21 der Einkommensentwicklung Schritt halten und mittlere Einkommen weniger stark belastet  
22 werden.

23

24 **Begründung:**

25 Der Grundfreibetrag soll sicherstellen, dass das Existenzminimum nicht besteuert wird. Genauso  
26 ist auf das Lohnabstandsgebot hinzuweisen, welches dafür sorgen soll, dass Transferleistungen des  
27 Sozialsystems nicht zu einem ähnlich hohen Einkommen führen, als der Einsatz der eigenen  
28 Arbeitskraft bei Vollzeittätigkeit.

29 Leistung braucht Anerkennung. In einer leistungsorientierten Gesellschaft muss es sich lohnen,  
30 mehr zu arbeiten und sich über das übliche Maß hinaus zu engagieren. Der steuerliche  
31 Grundfreibetrag ist ein wichtiges Instrument, um die finanzielle Basis der Bürger zu stärken und  
32 Leistung zu belohnen.

33 Leistung muss sich lohnen, und Erfolg muss Spaß machen! Die Befreiung der oben genannten  
34 Überstunden von der Lohnsteuer sendet ein starkes Signal, dass zusätzliche Arbeitsbereitschaft  
35 honoriert wird. Dies motiviert die Menschen, sich stärker einzubringen und fördert zugleich das  
36 wirtschaftliche Wachstum durch erhöhte Produktivität.

37 Leistungswilligkeit muss Statussymbol werden. Der Abbau des Mittelstandsbauchs der  
38 Steuerprogression stellt sicher, dass gerade die Menschen, die durch ihre Arbeit die Wirtschaft  
39 tragen, nicht übermäßig belastet werden. Automatische Anpassungsmechanismen verhindern,  
40 dass mittlere Einkommen zukünftig wieder in eine übermäßige Steuerlast geraten, und fördern  
41 somit die Leistungsbereitschaft.

42 Diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Leistungsbereitschaft in Deutschland zu stärken, Anreize  
43 für zusätzliche Arbeitsleistung zu schaffen und die Wertschätzung für den Beitrag jedes Einzelnen  
44 zum wirtschaftlichen Wohlstand sichtbar zu machen.

# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster

## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 8:

Antragsteller	MIT Schleswig-Holstein und LFA Wirtschaft, Infrastruktur und Wohnungsbau
---------------	---

2

#### 3 **Förderung von Unternehmensgründungen in Deutschland durch** 4 **Bildungsinitiativen und staatliche Auszeichnungen.**

5

6 Der Landesparteitag möge beschließen:

7

#### 8 **1. Förderung von „Unternehmertum-Kompetenzen“ und „Unternehmertum-Bild“**

9 Die Bundes- und Landesregierungen werden aufgefordert, das Thema "Unternehmertum" verstärkt  
10 in den Lehrplänen der allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie an den Hochschulen zu  
11 verankern. Hierzu sollen spezifische Lehrinhalte entwickelt werden, die die große Bedeutung und  
12 den besonderen Wert des Unternehmertums für die Gesellschaft aufzeigen. Grundlagen der  
13 Unternehmensgründung und die wesentlichen Erfolgsfaktoren für nachhaltiges Wirtschaften sind  
14 zu vermitteln.

#### 15 **2. Auslobung staatlicher Preise für unternehmerisches Engagement**

16 Die Bundes- und Landesregierungen werden aufgefordert, in Ergänzung zu den bestehenden  
17 Auszeichnungen für gesellschaftliches, soziales, kulturelles und ökologisches Engagement, in  
18 Kooperation mit Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern auch staatlich  
19 ausgelobte Preise für besonderes unternehmerisches Engagement einzuführen. Diese Preise sollen  
20 Unternehmen und Unternehmerpersönlichkeiten würdigen, die durch herausragende Leistungen  
21 in den Bereichen Mut, Strategie, Innovation, Wachstum und nachhaltige Geschäftspraktiken zum  
22 wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland beitragen.

23

24 **Begründung:**

25 Die Stärkung insbesondere des mittelständisch geprägten Unternehmertums ist ein zentrales  
26 Anliegen der Mittelstands- und Wirtschaftsunion. Unternehmerisches Handeln ist der Motor für  
27 wirtschaftlichen Fortschritt, für Innovation sowie Beschäftigung und Wohlstand, und bildet damit  
28 die Grundlage für unsere sozialen Sicherungssysteme. Daher ist es entscheidend, bereits in der  
29 schulischen und akademischen Ausbildung, ein Bewusstsein für die besondere gesellschaftliche  
30 Bedeutung des Unternehmertums zu schaffen. Weiter sorgen vermittelte unternehmerische  
31 Kompetenzen und ein reales Bild unternehmerischen Daseins für allgemeine Akzeptanz und  
32 Gründungseifer. Das Bild des Unternehmertums ist positiv zu zeichnen – Strategie, Vision,  
33 Risikobereitschaft, Engagement, Soziales und Nachhaltigkeit vereinigen sich im Unternehmertum

34 Die Förderung von Gründungsgeist und unternehmerischem Denken in der Breite der Gesellschaft  
35 ist von zentraler Bedeutung. Durch die Einführung staatlicher Auszeichnungen für  
36 unternehmerisches Engagement wird ein wichtiges Signal an die Menschen gesendet:  
37 Unternehmerische Leistung findet Anerkennung und wird aktiv gefördert.

Dienstag, 1. Oktober 2024, 18.30 Uhr



# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster

## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 9:

Antragsteller	Junge Union Schleswig-Holstein
---------------	--------------------------------

2

#### 3 Solidarität mit der Bundeswehr

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

- 6 • Die Etablierung des Tages der Bundeswehr am 12. November
- 7 • Die Fortführung von öffentlichen Vereidigungen bzw. Gelöbnissen
- 8 • Öffentliche Militärparaden wieder zu veranstalten

9

#### 10 Begründung

11 Der 12. November 1955 gilt als die offizielle Geburtsstunde der Bundeswehr. Seit ihrer Gründung  
12 garantiert sie die Sicherheit Deutschlands und hat sich gleichzeitig zu einer internationalen  
13 Friedenstruppe entwickelt. Die Bundeswehr beteiligte sich aktuell an zahlreichen  
14 Auslandseinsätzen. Dabei operiert sie gemeinsam mit Soldaten der Bündnispartner und  
15 befreundeter Nationen. Deutschland braucht auch in Zukunft eine starke Bundeswehr mit  
16 engagierten Soldaten und Reservisten.

17 Die Bundeswehr dient Deutschland. Jeder einzelne Soldat riskiert sein Leben für unser Land und  
18 unsere Sicherheit. Statt unseren Streitkräften dafür den nötigen Respekt und die Anerkennung zu  
19 zollen, sehen sich Soldaten Angriffen insbesondere aus dem linken Spektrum ausgesetzt. Diesen  
20 Anfeindungen stellen wir uns klar entgegen!

21 Eine erfolgreiche Sicherheitspolitik mit der Bundeswehr kann nur gelingen, wenn das Volk hinter  
22 den Bundeswehrsoldaten steht. Darum ist es wichtig, dass die Bundeswehr durch eine aktive  
23 Reserve tief in der Mitte der Gesellschaft vernetzt bleibt. Außerdem setzen wir uns klar für  
24 öffentliche Vereidigungen bzw. Gelöbnisse ein, um die Bundeswehr in die Öffentlichkeit zu holen.

Dienstag, 1. Oktober 2024, 18.30 Uhr



# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster

## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 10:

Antragsteller	LFA Familie, Gesellschaft & Soziales
---------------	--------------------------------------

2

#### 3 Zeichen der Solidarität mit den Streitkräften setzen

4

5 Der Landesfachausschuss Familie, Gesellschaft & Soziales beantragt, dass das Land Kommunen  
6 dazu anhält, die gelbe Schleife als etabliertes internationales Zeichen der Solidarität mit den  
7 Streitkräften an den Rathäusern anzubringen sowie sich am Nationalen Veteranentag am 15. Juni zu  
8 beteiligen.

9

#### 10 Begründung:

11

12 Auch und gerade vor Ort sollen die Soldatinnen und Soldaten wahrnehmbare Wertschätzung  
13 erfahren. Als ein sichtbares Zeichen dafür steht die gelbe Schleife, die präsent an den Rathäusern  
14 wirken kann. Sie soll Ausdruck einer gelebten Kultur der Solidarität mit den Streitkräften im  
15 Ortskern sein.

16 Öffentliche Veranstaltungen im Ort am Veteranentag sollen die Wertschätzung weiterhin zum  
17 Ausdruck bringen und die Verbindung zwischen unseren Soldatinnen und Soldaten und den  
18 Bürgerinnen und Bürgern stärken.

19 Es soll eine gelebte Kultur der Solidarität mit den Streitkräften und zivil-militärischer  
20 Zusammenarbeit etabliert werden.

21



Dienstag, 1. Oktober 2024, 18.30 Uhr



# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster

## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 11:

Antragsteller	LFA Familie, Gesellschaft & Soziales
---------------	--------------------------------------

#### 2 3 **Bezuschussung haushaltsnaher Dienstleistungen in Soldatenfamilien**

4  
5 Der Landesfachausschuss Familie, Gesellschaft & Soziales beantragt, dass sich das Land für die  
6 Erweiterung der Soldaten-Haushaltshilfen-Verordnung (SHV) um tatsächliche Haushaltsaufgaben  
7 (putzen, kochen, waschen, bügeln u.ä.) einsetzt.

#### 8 9 **Begründung:**

10  
11 Der Dienst in der Bundeswehr bringt für die Soldatinnen und Soldaten häufige Versetzungen im  
12 gesamten Bundesgebiet mit sich. Viele Familien entscheiden sich für ein Modell, bei dem einer der  
13 Partner nur am Wochenende zuhause ist und die Familie dafür an einem Standort bleibt.

14 Außerdem werden Soldatinnen und Soldaten regelmäßig in Auslandseinsätze und in mit diesen im  
15 Zusammenhang stehende Übungen entsendet. Dies geschieht je nach Truppengattung und Mission  
16 mit unterschiedlich langen Vorbereitungszeiten.

17 In diesen Fällen sind die Soldatinnen und Soldaten darauf angewiesen, dass die Partnerin oder der  
18 Partner zuhause Kindeserziehung, eigenen Beruf und Haushalt bestreiten kann. Nur wenn die  
19 Soldatinnen und Soldaten sich fest darauf verlassen können, dass ihr Dienst keine unzumutbare  
20 Belastung für die Partnerin oder den Partner darstellt, sind sie in der Lage, sich völlig auf ihren Dienst  
21 und ihre Mission zu fokussieren.

22 Die bestehende Soldaten-Haushaltshilfen-Verordnung beschränkt sich auf die Zuschussung  
23 privater Kinderbetreuungskosten (Babysitter). Hilfe bei Haushaltsaufgaben wie putzen etc. sind  
24 bisher explizit ausgeschlossen. Dies ist anzupassen.

25 Durch die Zuschussung einer Haushaltshilfe für Familien mit Wochenendpendlern und während  
26 Abwesenheiten aufgrund von Einsätzen und Übungen wird die Belastung von Soldatenfamilien  
27 zumindest reduziert.

28 Damit wird mittelbar die Einsatzfähigkeit der Soldatinnen und Soldaten erhöht, der Dienst in den  
29 Streitkräften wird attraktiver gemacht und es wird ein deutliches Zeichen der Wertschätzung  
30 gesendet.

Dienstag, 1. Oktober 2024, 18.30 Uhr



# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster

## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 12:

Antragsteller	LFA Familie, Gesellschaft & Soziales
---------------	--------------------------------------

2

#### 3 **Zivil-militärische Zusammenarbeit mit Blick auf Soldatenfamilien stärken**

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

6 Der Landesfachausschuss Familie, Gesellschaft & Soziales beantragt, dass Land und Kommunen, in  
7 Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, auf die Bedarfe von Soldatenfamilien im Einsatz zugehen und für  
8 dienstgerechte Kinderbetreuung und Altenpflege an Standortkommunen sorgen sowie Wohnraum für  
9 Soldatenfamilien in Standortnähe schaffen, um die zivil-militärische Zusammenarbeit zu stärken.

10

#### 11 **Begründung**

12

13 Zivil-militärische Zusammenarbeit ist keine Einbahnstraße. Mit der veränderten Bedrohungslage und der  
14 Schleswig-Holstein dabei zukommenden strategischen Rolle als einer „Drehscheibe“ innerhalb  
15 Deutschlands müssen auch Land sowie Standortkommunen darauf eingestellt sein, dass  
16 Soldatenfamilien vermehrt die Sicherheit einer umfangreichen Kinderbetreuung und  
17 Altenpflege/Kurzzeitpflege benötigen. Wichtig ist zudem für die Soldatenfamilien, Wohnraum in  
18 Standortnähe zu schaffen.

19 Eine einsatzbereite Bundeswehr benötigt ein hohes Maß an Mobilität und Flexibilität. Mit der  
20 Unterstützung durch flexible Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder und für pflegebedürftige  
21 Erwachsene von Soldatinnen und Soldaten sowie für die zivilen Beschäftigten der Bundeswehr, wird eine  
22 wesentliche Voraussetzung zur Sicherstellung der Auftragsbefreiung geschaffen. Die aktuell  
23 vorherrschenden Betreuungsmöglichkeiten (begrenzte Öffnungszeiten, begrenzte Plätze, große  
24 Entfernung) sind für den Grundbetrieb im Frieden ausgelegt. Hinzu kommt, dass die Menschen in unserer  
25 Gesellschaft und damit auch der Bundeswehr weitestgehend nicht mehr in Mehrgenerationenhaushalten  
26 leben. In der Pendlerarmee Bundeswehr sichern Frauen und Männer die Verteidigungsfähigkeit unseres  
27 Landes. Mütter und Väter teilen sich Betreuungspflichten und auch Alleinerziehende leisten ihren Dienst  
28 für unser Land. Sie alle gilt es so zu unterstützen, dass ein höchstmögliches Maß an Vorsorge zur Fürsorge  
29 ihrer Angehörigen gesichert wird.

30 Kinderbetreuung und Altenpflege sind Kernaufgaben der Kommunen. Daher sollen die  
31 Standortkommunen in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr ausreichend Betreuungs- und Pflegeplätze  
32 für die Angehörigen aus Soldatenfamilien bereitstellen und so zur Gesamtverteidigungsbereitschaft  
33 beitragen.

Dienstag, 1. Oktober 2024, 18.30 Uhr



# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster

## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 13:

Antragsteller	Junge Union Schleswig-Holstein
---------------	--------------------------------

2

#### 3 **Schuldenbremse**

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

6 Der politische Schluss aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Nachtragshaushalt des  
7 Bundes aus 2021, dass man die Schuldenbremse aufweichen oder gar abschaffen sollte, ist  
8 grundlegend falsch und mit Generationengerechtigkeit nicht zu vereinbaren. Im Gegenteil: Die im  
9 Grundgesetz verankerte Schuldenbremse muss nach diesem historischen Urteil verschärft werden,  
10 um den finanzpolitischen Irrweg von immer mehr Schulden zu beenden.

11

12 In den letzten Jahren reihte sich Krise an Krise und Notsituation an Notsituation. Im Bund und in  
13 vielen Bundesländern wurde die Schuldenbremse seit 2020 jedes Jahr ausgesetzt und Notkredite  
14 aufgenommen. Die Staatsverschuldung ist seither eklatant gestiegen.

15

16 In Zeiten von multiplen Krisen auf der Welt ist Krise das „neue Normal“. Die bittere Wahrheit ist,  
17 dass wir nicht jede Krise mit Schulden lösen werden können und nicht jedes Jahr einen neuen  
18 Grund für eine Notsituation finden können. Deshalb sollten die Haushaltsgesetzgeber von Bund  
19 und den Ländern mit der Bewältigung von Krisen von vornherein rechnen und hierfür finanzielle  
20 Ressourcen in jedem Haushalt einplanen, um nicht jedes Jahr Notkredite aufnehmen zu müssen.  
21 Da den Haushaltsgesetzgebern hierzu die notwendige Disziplin fehlt, ist die Schuldenbremse im  
22 Grundgesetz um eine solche Regelung zu ergänzen, wonach ein Anteil des jeweiligen Haushaltes  
23 zur Krisenbewältigung verpflichtend vorgehalten werden muss und die Aufnahme von Notkrediten  
24 nur subsidiär zulässig ist.

25

26 Auch in Krisenzeiten ist ganz klar: Wir brauchen öffentliche Investitionen. Der wirtschaftliche  
27 Erfolg unserer Volkswirtschaft hängt maßgeblich von Faktoren wie dem Zustand der Infrastruktur,  
28 dem Fortschritt in der Digitalisierung und der Qualität der Bildungseinrichtungen ab. Die  
29 Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden stiegen 2023 auf rund 916 Milliarden Euro.  
30 Trotz der verringerten Steuerschätzung wurden 2023 in Schleswig-Holstein fast 12,5 Milliarden  
31 Euro eingenommen. Aber die staatlichen Haushalte weisen grundlegend eine zu geringe  
32 Investitionsquote auf und die Ausgaben werden falsch priorisiert. Dennoch dürfen – gerade in  
33 Zeiten steigender Zinsen – im Sinne einer generationengerechten Haushalts- und Finanzpolitik  
34 keine Schulden zur Finanzierung von Investitionen aufgenommen werden. Um stattdessen  
35 konsumtive Staatsausgaben effektiv zu senken und ausreichend Geld für notwendige Investitionen  
36 zu haben, sollte eine Investitionsquote für die Haushalte vom Bund und den Ländern im  
37 Grundgesetz festgeschrieben werden. Außerdem muss ein sog. Investitionsbegriff  
38 verfassungsrechtlich determiniert werden, um Investitionen trennscharf von konsumtiven  
39 Ausgaben abgrenzen zu können.

40

41 Bundes- und Landesrechnungshof leisten mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zu  
42 generationengerechter Finanz- und Haushaltspolitik. Leider bleiben deren Berichte und  
43 Einschätzungen – wie auch im Falle des Nachtragshaushaltes 2021 – von der Politik oft  
44 unberücksichtigt. Deshalb sollten sowohl dem Bundes- als auch dem Landesrechnungshof über  
45 ihre Prüf- und Berichtspflichten hinaus Kompetenzen zugesprochen werden, politische  
46 Entscheidungen effektiv auf ihre Rechtmäßigkeit zu kontrollieren. Hierzu sollte den  
47 Rechnungshöfen als ultima ratio auch ein Klagerecht gegen Haushaltsgesetze vor dem jeweiligen  
48 Verfassungsgericht zustehen.

49

50 Der Landesparteitag der CDU SH fordert deshalb eine Verschärfung der Schuldenbremse über  
51 folgende Anknüpfungspunkte:

52

- 53 1. Die Regelungen der Schuldenbremse für den Bund und die Länder sind um eine  
54 Verpflichtung zur Vorhaltung von finanziellen Ressourcen zur Krisenbewältigung im  
55 Haushalt zu ergänzen, anstatt jedes Jahr neue Gründe für Notlagen zu finden und  
56 Notkredite aufzunehmen.
- 57 2. Für die Haushalte von Bund und Ländern ist eine Investitionsquote festzulegen, um  
58 mehr Gelder für öffentliche Investitionen zu generieren und konsumtive Ausgaben zu  
59 senken. Zudem ist ein Investitionsbegriff verfassungsrechtlich zu determinieren.
- 60 3. Die Kompetenzen der Rechnungshöfe sind über ihre Prüf- und Berichtsaufgaben hinaus  
61 zu erweitern und ihnen ist ein Klagerecht gegen Haushaltsgesetze vor dem jeweiligen  
62 Verfassungsgericht zuzugestehen.

Dienstag, 1. Oktober 2024, 18.30 Uhr



# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster

## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 14:

Antragsteller	LFA Innen, Recht und Sport
---------------	----------------------------

2

#### 3 Hieb- und Stichwaffen / anlasslose Kontrollen

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

6

7 • Ausweitung des bundesweiten Verbots von Hieb- und Stichwaffen sowie anlassunabhängiger  
8 Kontrollen der Polizei durch ein generellen Hieb- und Stichwaffenverbotes an und in  
9 Bahnhöfen, in Zügen, im ÖPNV sowie bei volksfestähnlichen Veranstaltungen auf  
10 öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen.

11 • Schaffung gesetzlicher Vorschriften im LVWG SH zu anlassunabhängigen Kontrollen der  
12 Polizei in den o.g. Bereichen sowie weitere anlassunabhängige Kontrollmöglichkeiten im  
13 Bereich der „Kritischen Infrastruktur“ an Land und auf See. (Bundesgesetzliche  
14 Anpassungen müssten aus Gründen der Zuständigkeit über eine Initiative von SH im  
15 Bundesrat erfolgen).

16

#### 17 Begründung:

18 Schon vor den Morden in Solingen haben die starke Zunahme der registrierten Gewaltkriminalität  
19 und der Messerattacken in der Öffentlichkeit die Menschen in unserem Land zutiefst verunsichert.  
20 Immer häufiger wird das Aufsuchen von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen gemieden und  
21 die Menschen verlieren das Vertrauen in die Schutzfunktion des Staates. Aus unserer Sicht sind die  
22 beschriebenen Hieb- und Stichwaffenverbote an den genannten Orten unerlässlich, um der  
23 Schutzpflicht des Staates in angemessener Form nachzukommen. Mit diesen Verboten muss aber  
24 auch ein Mehr an anlassunabhängigen Kontrollbefugnissen für unsere Landespolizei einhergehen.  
25 Zudem muss auch vor dem Hintergrund der Anschläge auf die „kritische Infrastruktur“ in der  
26 jüngsten Zeit die anlassunabhängige Kontrollmöglichkeit der Landespolizei auf die betreffenden  
27 Nahbereiche ermöglicht werden.

# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster

## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 15:

Antragsteller	LFA Innen, Recht und Sport
---------------	----------------------------

2

#### 3 Erhöhung der polizeilichen Präsenz

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

6

7 „Prävention-Präsenz -Polizeidienststellen“ waren und sind der polizeipolitische Markenkern der  
8 CDU Schleswig-Holstein und müssen auch in schwieriger Haushaltssituation weiter gestärkt und  
9 ausgebaut werden durch

- 10 • spürbare Erhöhung der polizeilichen Präsenz in unseren Städten und Gemeinden durch  
11 mehr Zuweisungen von Planstellen aus dem umzusetzenden Verstärkungsprogramm bis  
12 2027 für den polizeilichen Einzeldienst,
- 13 • Erhalt aller Polizeidienststellen in unseren Städten und Gemeinden, insbesondere im  
14 ländlichen Raum,
- 15 • Verstetigung der polizeilichen Prävention als Kernaufgabe in und an Schulen und Ausbau von  
16 Präventionsprogrammen für Kinder, Jugendliche und Senioren.

17

#### 18 Begründung:

19 Unter Führung der CDU ist seit 2017 eines der größten Personalaufbauprogramme in der  
20 Geschichte der Landespolizei mit zusätzlichen 750 Planstellen initiiert worden. Bis 2027 werden  
21 die letzten Mehreinstellungen ihre Ausbildung oder ihr Studium beendet haben und zur  
22 Verstärkung bereitstehen. Aus diversen Gesprächen mit Polizeidienststellen wissen wir aber  
23 auch, dass es uns als CDU nicht hinreichend gelungen ist, den Funkstreifendienst nachhaltig zu  
24 verstärken und damit die polizeiliche Präsenz zu erhöhen. Die angespannte Sicherheitslage  
25 macht dies aber mehr als erforderlich, um den Menschen wieder mehr Sicherheit im öffentlichen

26 Raum zu garantieren. Daher halten wir ein Mehr an Umsteuerung der letzten  
27 Personalverstärkungstranchen bis 2027 auf die Polizeidienststellen in unseren Städten und  
28 Gemeinden für dringend erforderlich. Darüber hinaus darf es zu keinerlei Schließungen von  
29 kleinen und mittleren Polizeidienststellen kommen. Dies ist umso mehr angezeigt, da in der  
30 Landespolizei aktuell ein Personalverteilungskonzept (PVK-S) erarbeitet wird, dass in der  
31 Vergangenheit immer wieder zu sogenannten Geber- und Nehmerdirektionen geführt hat und  
32 insbesondere in den Geberdirektionen reflexartig eine „Aufgaben-Organisation-Personal-  
33 Debatte“, d.h. Reduzierung von Aufgaben oder Schließung und/oder Zusammenlegung von  
34 Dienststellen, ausgelöst hat. Daher halten wir es auch für geboten, die polizeiliche  
35 Präventionsarbeit nicht ansatzweise zur Disposition stellen zu lassen. Vielmehr müssen wir die  
36 polizeiliche Präventionsarbeit in den Bereichen Beratung Einbruchsschutz und schweren  
37 Betrugsdelikten (Enkeltrick, Schockanruf, falscher Polizisten...) zum Nachteil von älteren  
38 Mitbürgern ausweiten. Aufgrund der stark gestiegenen Delinquenz junger Menschen muss das  
39 Normenbewusstseins in den Schulen frühzeitig auch durch die Polizei gestärkt werden, aus  
40 unserer Sicht bereits ab den 4. Klassen der Grundschulen und nicht erst auf den  
41 weiterführenden Schulen. Zudem ist die frühe polizeiliche Präventionsarbeit ein „wertvoller  
42 Türöffner“ im „unbelasteten“ Umgang mit Kindern und Jugendlichen durch die Polizei.

Dienstag, 1. Oktober 2024, 18.30 Uhr



# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster

## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 16:

Antragsteller	LFA Innen, Recht und Sport
---------------	----------------------------

2

#### 3 Einführung einer Quellen – TKÜ

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

6 Das Land Schleswig-Holstein führt eine Quellen – TKÜ im LVwG SH ein.

7

#### 8 Begründung:

9 Die Quellen-TKÜ ist eine besondere Form der Telekommunikations-überwachung, die  
10 Kommunikation erfasst, bevor diese verschlüsselt wird oder nachdem diese entschlüsselt wurde.  
11 Hierbei werden nur die Kommunikationsinhalte durch die Polizei erlangt, die auch durch eine  
12 „konventionelle“ Telefonüberwachung erlangt würden.

13 Die Ergänzung um eine polizeiliche Befugnis zur Quellen-TKÜ ist aus polizeilicher Sicht  
14 unerlässlich, weil nur so der Zugriff auf verschlüsselte Telekommunikations-inhalte gewährleistet  
15 wird und die Befugnis zur präventiven Telekommunikationsüberwachung ohne eine solche  
16 Ergänzung leer zu laufen droht. Mittlerweile ist es technischer Standard geworden, dass Chats und  
17 Gespräche verschlüsselt werden: Messenger wie WhatsApp oder Telegram verschlüsseln die Daten,  
18 ohne dass der Nutzer sich aktiv dafür entscheiden oder etwas dazu beitragen muss. Nach dem  
19 geltenden Recht könnte die Kommunikation zwar im öffentlichen Telekommunikationsnetz  
20 ausgeleitet werden. Den Ermittlungsbehörden liegt sie dann aber nur in verschlüsselter Form vor  
21 und die Entschlüsselung ist entweder extrem zeitaufwändig oder sogar gänzlich ausgeschlossen.  
22 Diese Maßnahme benötigt die Polizei zur Bekämpfung von Terrorismus, da die Planung von  
23 Anschlägen in sämtlichen Phänomenbereichen politisch motivierter und Organisierter  
24 Kriminalität regelmäßig über verschlüsselte Kommunikation (Messengerdienste, Internettelefonie)  
25 stattfindet. Hierzu tauschen sich Täter/innen auch über konkrete Planungen aus, die mangels  
26 Quellen-TKÜ den Ermittlungsbehörden verborgen bleiben. Die klassische Telefonüberwachung  
27 führt dagegen kaum noch zu relevanten Erkenntnissen.



Dienstag, 1. Oktober 2024, 18.30 Uhr



# Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein

Holstenhallen, Halle 5, 24537 Neumünster

## Tagesordnungspunkt 10:

### Anträge

#### 1 Antrag 17:

Antragsteller	CDU-Landesvorstand
---------------	--------------------

2

#### 3 **Migration steuern und begrenzen – Integration fördern und einfordern – Fach- 4 und Arbeitskräftezuwanderung anpacken.**

5 *(Migrations- und integrationspolitisches Positionspapier der CDU Schleswig-Holstein)*

6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8 Zuwanderung ist seit Jahrzehnten Normalität in Schleswig-Holstein. Damit unsere Wirtschaft  
9 erfolgreich arbeiten kann, brauchen wir Fach- und Arbeitskräfte auch von außerhalb. Nur so  
10 werden wir unsere Wettbewerbsfähigkeit und unseren Wohlstand sichern können. Unser Ziel ist  
11 eine gezielte und gesteuerte Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften. Gleichzeitig dürfen  
12 Migration und Integration die aufnehmende Gesellschaft nicht überfordern.

13 Absolute Sicherheit ist ein unerreichbares Ideal, doch die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes  
14 müssen das Vertrauen haben, dass der Staat alles in seiner Macht Stehende tut, um ihre Sicherheit  
15 und ihren Schutz zu gewährleisten. Dieses Vertrauen ist in den vergangenen Jahren vielerorts  
16 erschüttert worden, und das Gefühl der Sicherheit schwindet, auch angesichts von Angriffen wie in  
17 Brokstedt, Mannheim, Solingen und München. Als demokratische Parteien tragen wir die  
18 gemeinsame Verantwortung, diesen Vertrauensverlust ernst zu nehmen und die großen  
19 Herausforderungen unserer Zeit entschlossen anzugehen.

20 Es ist deswegen unerlässlich, dass wir nicht nur über härtere Strafen sprechen, sondern auch  
21 darüber, wie wir ausreisepflichtige oder straffällige Personen konsequenter abschieben können.  
22 Das derzeitige System zeigt hier deutliche Schwächen, die es zu beheben gilt. Dafür bedarf es eines  
23 entschlossenen Schulterschlusses der demokratischen Parteien, um die notwendigen gesetzlichen  
24 Rahmenbedingungen zu schaffen und diese auch tatsächlich umzusetzen.

25

#### 26 **Was die Bundesregierung jetzt ändern muss**

## 27 Migration steuern und begrenzen

28 Ein zentraler Kern unserer Migrationspolitik ist die konsequente Durchsetzung bestehender  
29 Gesetze zur Abschiebung ausreisepflichtiger und straffälliger Personen. Deutschland steht als  
30 Rechtsstaat in der Verantwortung, das Vertrauen seiner Bürgerinnen und Bürger in die  
31 Durchsetzung des Rechts zu gewährleisten. Das bedeutet, dass Personen, die keine  
32 Bleibeperspektive in unserem Land haben, unser Staatsgebiet konsequent verlassen müssen.  
33 Genauso müssen straffällig gewordene Ausländerinnen und Ausländer, die eine Gefahr für die  
34 öffentliche Sicherheit darstellen, umgehend und konsequent abgeschoben werden. Trotz aller  
35 aktuellen Herausforderungen bekennen wir uns klar zum Individualrecht auf Asyl. Im Bewusstsein  
36 der Einbettung in europa- und völkerrechtliche Regelungen ist der Schutzanspruch Ausdruck  
37 unseres christlich geprägten Werteverständnisses und unserer historischen Verantwortung.

38 Die Ministerpräsidenten der Länder haben in ihren Konferenzen seit November 2023 zentrale  
39 Forderungen an die Bundesregierung erhoben, die den Interessen der Menschen in unserem Land  
40 entsprechen. Es ist unverständlich, dass die Bundesregierung diese noch immer nicht bzw. nicht  
41 mit Nachdruck betreibt. Der Bedarf dafür liegt noch immer auf der Hand: Grenzschutz an den  
42 deutschen Außengrenzen, eine geeinte Haltung zur EU-Asylreform, Beschleunigungen der  
43 Asylverfahren, die Digitalisierung der Arbeit unserer Ausländerbehörden und Verfahren,  
44 verbesserte und beschleunigte Rückführungen, der Abschluss weiterer Migrationsabkommen, die  
45 Beschleunigung der Arbeitsmarktintegration, eine höhere Unterstützung der Kommunen bei der  
46 Unterbringung Geflüchteter sowie eine neue solidarischere Aufteilung der entstehenden Kosten  
47 zwischen den drei staatlichen Ebenen.

48 Aus den administrativen Problemen, die sich 2015/2016 im Zuge des erhöhten Zustroms  
49 Geflüchteter zeigten, wurden keine ausreichenden Konsequenzen gezogen. Die überlange  
50 Bearbeitungsdauer des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und die unzureichende Qualität  
51 vieler dort getroffener Entscheidungen zermürbt Geflüchtete und führt zu gravierenden  
52 Folgeproblemen. 7.052 Wartefälle des BAMF entfielen zum 31.07.2024 auf Schleswig-Holstein. Die  
53 Klagequote liegt bei 55%, womit erhebliche Herausforderungen für unseren Rechtsstaat und  
54 unseren Rechtsfrieden einhergehen. Kürzere Verfahrenslaufzeiten in der Verantwortung aller  
55 beteiligten Bundes- und Landesbehörden und -institutionen sind unser Ziel. Von dem  
56 Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) erwarten wir eine deutliche Entlastung –  
57 allerdings erst ab 2026.

58 Über den Kreis der Anspruchsberechtigten hinaus haben wir im Lauf der vergangenen Jahre eine  
59 hohe Zahl an subsidiär geschützten Menschen auf Zeit bei uns aufgenommen und umfangreich  
60 unterstützt. Schleswig-Holstein hat in den letzten zehn Jahren eine sechsstelligen Personenzahl mit  
61 erheblichem Einsatz aufgenommen und unterstützt. Gemäß dem Maßstab der Subsidiarität legen  
62 wir Wert darauf, dass die entsprechenden, auf humanitären Gründen beruhenden  
63 Aufenthaltserlaubnisse mit dem Entfallen der Voraussetzungen gemäß der EU-Richtlinie  
64 2011/95/EU alsbald beendet werden.

65 Auf Bundesebene fordern wir eine engere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, zum  
66 Beispiel durch eine Weiterentwicklung des Ausländerzentralregisters, einen verbesserten  
67 Datenaustausch und Datenzugriffsmöglichkeiten zwischen Ausländer-, Sozial- und  
68 Strafverfolgungsbehörden. Um zusätzlich die Aufnahmebereitschaft der Herkunftsländer zu  
69 erhöhen, sollten Entwicklungshilfeleistungen an die Kooperation bei Rückführungen gekoppelt  
70 werden. Zudem muss das Dublin-III-Verfahren überprüft werden, um eine gerechtere Verteilung  
71 der Flüchtlinge innerhalb der EU zu erreichen und Rückführungen zu erleichtern.

72 Es liegt auch an uns dazu beizutragen, Push-Faktoren in den Herkunftsländern zu verringern. Vor  
73 allem aber gilt es, Migrationsanreize nach Deutschland zu minimieren. Grundsätzlich müssen  
74 Transferleistungen für Geflüchtete auf das EU-übliche Niveau abgesenkt werden. Um die innere  
75 Sicherheit zu stärken, fordern wir eine konsequente Bestrafung falscher Angaben bei der Einreise.  
76 Die erfolgreiche Praxis Dänemarks und Schwedens bei der Steuerung der Migration muss dabei  
77 eingehend analysiert und auf ihre Übertragbarkeit auf Deutschland geprüft werden. Insbesondere  
78 die schnelle Rückführung abgelehnter Asylbewerber und die konsequente Durchsetzung der  
79 Ausreisepflicht sind hierbei zu beachten. Bei Straftätern und Gefährdern unterstützen wir die  
80 Forderung der Bundes-CDU nach einem zeitlich unbegrenzten Ausreisearrest.

81 Das bestehende Ausländerrecht ist für viele Beteiligte zu komplex. Es bedarf deshalb einer  
82 kompletten Novellierung des Aufenthaltsgesetzes, um die kommunalen Ausländerbehörden zu  
83 entlasten und Asylbewerbern sowie anderen Migranten schnellstmöglich eine rechtssichere  
84 Entscheidung zukommen zu lassen, z. B. durch Zusammenführung und Vereinfachung der  
85 unterschiedlichen Haftgründe und ggf. auch des Ausreisegewahrsams. Ziel sollte sein, das  
86 Aufenthaltsrecht an Arbeit und die Bereitschaft zur Integration zu binden.

87 Gleichzeitig ist jetzt eine generelle Begrenzung der Flüchtlingszahlen in Deutschland sowie  
88 Steuerung der Migration notwendig. Die Bundesrepublik trägt derzeit in Europa die Hauptlast bei  
89 der Aufnahme von Flüchtlingen und wir müssen in dieser Frage eine klarere, konsequentere Linie  
90 verfolgen. Wir unterstützen daher die Forderungen der CDU Deutschlands nach einer deutlichen  
91 Verschärfung des Grenzregimes und fordern die Bundesregierung auf, ihrer Verantwortung in  
92 dieser Hinsicht gerecht zu werden. Zudem müssen die EU-Außengrenzen besser geschützt werden,  
93 um irreguläre Migration einzudämmen. Nur durch entschlossenes Handeln können wir das  
94 Vertrauen der Menschen in den Staat und die Sicherheit in unserem Land wiederherstellen.

95 Das gilt auch für Straftaten, die in unserem Land verübt werden. Beispielsweise muss bei  
96 Messerkriminalität hart durchgegriffen werden. Es ist entscheidend, dass wir diejenigen zur  
97 Rechenschaft ziehen, die solche Waffen ohne Skrupel gegen andere einsetzen. Wir dürfen nicht die  
98 Augen davor verschließen, dass ein signifikanter Teil dieser schweren Straftaten von Personen mit  
99 islamistischem Hintergrund begangen wird. In Schleswig-Holstein besitzen 40 Prozent der  
100 Tatverdächtigen bei Messerangriffen keine deutsche Staatsangehörigkeit.

101 Ziel unserer Migrationspolitik ist es, ein Gleichgewicht zwischen den Interessen der Geflüchteten  
102 und der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger herzustellen. Durch eine konsequente  
103 Umsetzung dieser Maßnahmen können wir ein Klima der Sicherheit schaffen und gleichzeitig eine

104 gelungene Integration derer ermöglichen, die eine Bleibeperspektive in Deutschland haben.  
105 Kurzfristig muss jedoch auch die Möglichkeit eines temporären Aufnahmestopps ehrlich geprüft  
106 werden, um nachfolgend wieder geordnete Migration und humanitäre Aufnahmen von  
107 Asylbewerbern zu ermöglichen.

108 *Die CDU Schleswig-Holstein fordert:*

- 109 • Konsequente Umsetzung der in den Bund-Länder-Konferenzen beschlossenen  
110 Forderungen zur Begrenzung und Steuerung der irregulären Migration,
- 111 • Beendigung der Aufenthaltserlaubnisse mit dem Entfallen der Voraussetzungen gemäß  
112 der EU-Richtlinie 2011/95/EU,
- 113 • Datenzugriffsmöglichkeiten zwischen Ausländer-, Sozial- und  
114 Strafverfolgungsbehörden,
- 115 • Kopplung von Entwicklungshilfeleistungen an die Kooperation bei Rückführungen,
- 116 • Absenkungen der Transferleistungen für Geflüchtete auf das EU-übliche Niveau,
- 117 • Umfassende Reform des Aufenthaltsgesetzes.

118

#### 119 Integration fördern und einfordern

120 Integration braucht Zeit. Sie muss gefördert und eingefordert werden. Abhängig von Erziehung,  
121 Herkunft, Alter und Vorprägung dauert dieser Prozess viele Jahre. Die Integration aller in den  
122 letzten Jahren nach Schleswig-Holstein zugewanderten Menschen, die ein Bleiberecht haben, wird  
123 noch geraume Zeit und beträchtliche Ressourcen in Anspruch nehmen. Diesem Umstand müssen  
124 wir Rechnung tragen.

125 Zuwandernde mit Bleibeperspektive erhalten von uns die Unterstützung, die sie brauchen. Zentral  
126 ist dabei das Erlernen unserer Sprache und Kultur. Frühe Investitionen in Sprach- und  
127 Integrationskurse sind ein notwendiger Beitrag. Umso unverständlicher ist es, dass die  
128 Bundesregierung die erfolgreiche Integration von Zuwandernden über die zu langen Wartezeiten  
129 für Integrationskurse hinaus zusätzlich zu Lasten der Betroffenen und der Aufnahmegesellschaft  
130 weiter verringert, indem er plant, die Mittel für diese Kurse 2025 von 1,1 Mrd. Euro auf 500 Mio.  
131 Euro zu kürzen. Das Land leistet hier mit den als Überbrückung konzipierten STAFF- und  
132 Erstorientierungskursen eine wertvolle Arbeit, kann aber die durch den Bund geschaffene  
133 Unterdeckung nicht kompensieren. Der Bund muss die Kürzungen an dieser Stelle zurücknehmen  
134 und die Mittel für die Sprach- und Integrationskurse weiter auskömmlich bereitstellen. Der Ausbau  
135 digitaler Lernangebote (z. B. Sprachlern-Apps, Online-Kurse) ist dabei zentral. Auch das  
136 zivilgesellschaftliche Engagement von Gruppen und Einzelpersonen wird für die Integration durch  
137 die Aufnahmegesellschaft wichtig bleiben.

138 Getragen von den Prinzipien der Solidarität, der Gleichberechtigung und der Eigenverantwortung  
139 erfordert eine erfolgreiche Integration eine wechselseitige Integrationsbereitschaft, die von  
140 Toleranz und Akzeptanz und dem Einsatz für unsere offene und freiheitliche Gesellschaft geprägt

141 ist. Hierzu gehört auf Seiten der zugewanderten Bevölkerung die Bereitschaft, bestehende  
142 Angebote zur Integration wahrzunehmen. Unser besonderes Augenmerk gilt deshalb dem nur  
143 durch ein Mitwirken der betroffenen Person erreichbaren Integrationsfortschritt. Wir brauchen ein  
144 klares Anforderungsprofil an Integrationsbereitschaft und -fähigkeit für die Menschen, die zu uns  
145 kommen. Deswegen müssen auf Bundesebene verpflichtende individuelle  
146 Integrationsvereinbarungen eingeführt werden, die dann auf Landes- bzw. kommunaler Ebene  
147 geschlossen werden. Dort können auch die Möglichkeiten gemeinnütziger Arbeit von  
148 Asylbewerberinnen und Asylbewerbern mitbedacht werden.

149 Immer wieder werden Abschiebungsfälle von Personen bekannt, die trotz unsicherer  
150 Aufenthaltsperspektive während eines jahrelangen Aufenthalts in Deutschland ein hohes  
151 Integrationsniveau erreicht haben, und dann abgeschoben werden. Wir wollen, dass Personen, die  
152 sich integriert haben, einen dauerhaften Aufenthaltstitel erlangen können.

153 *Die CDU Schleswig-Holstein fordert:*

- 154 • Dauerhafte Finanzierung der Sprach- und Integrationskurse durch den Bund,
- 155 • Ausbau digitaler Lernangebote (z. B. Sprachlern-Apps, Online-Kurse),
- 156 • Einführung von verpflichtenden individuellen Integrationsvereinbarungen auf  
157 Bundesebene,
- 158 • Dauerhafte Aufenthaltstitel für Personen mit nachgewiesen hohem Integrationsniveau.

159

## 160 **Was wir in Schleswig-Holstein machen werden**

161 Die CDU Schleswig-Holstein wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass Abschiebungen  
162 konsequenter, schneller und effizienter durchgeführt werden. Unser Ziel ist es, die Sicherheit in  
163 unserem Land zu erhöhen, das Vertrauen in unseren Rechtsstaat wiederherzustellen und die  
164 Herausforderungen in der Migrationspolitik mit der gebotenen Entschlossenheit anzugehen. Mit  
165 der seit Jahren überaus hohen Zahl der Schutzsuchenden, die nach Schleswig-Holstein kommen,  
166 gehen zunehmende Belastungen einher. Deren Ausmaß erfordert es, dass wir das bisherige  
167 Regelwerk – wer Zutritt erhält, wer ein Bleiberecht erhält und wer das Land wieder verlassen muss  
168 – grundlegend überarbeiten und unsere Gestaltungsspielräume als Land konsequenter nutzen  
169 müssen.

170 Auch in Schleswig-Holstein sehen wir uns mit Defiziten bei der Rückführung ausreisepflichtiger  
171 Personen konfrontiert. Es ist alarmierend, dass in unserem Bundesland fast genauso viele  
172 Abschiebungen scheitern wie gelingen. Diese Situation ist völlig unbefriedigend und darf nicht  
173 weiter hingenommen werden. Nach Angaben des Sozialministeriums von Ende August 2024 sind  
174 allein im vergangenen Jahr 1.105 Personen untergetaucht, um sich einer Abschiebung zu  
175 entziehen. Diese Zahlen machen deutlich, dass wir dringend handeln müssen, um die  
176 vorhandenen Lücken in unserem System zu schließen.

177

178 Konsequente Abschiebungen als zentraler Bestandteil einer verantwortungsvollen

179 Migrationspolitik

180 Die Maßnahmen zur Förderung einer freiwilligen Rückkehr bei bestehender Ausreisepflicht  
181 erweisen sich als wirksam. Diese Anreize wollen wir weiter etablieren. Wer allerdings trotz dieser  
182 Angebote nicht innerhalb der ihm gesetzten Frist das Land verlässt, muss gegen seinen Willen  
183 zurückgeführt werden. Hierbei gilt es, die bestehenden verwaltungsmäßigen Hürden, die ein  
184 abgestimmtes, zielführendes Vorgehen der beteiligten Institutionen im Rahmen des geltenden  
185 Rechts derzeit noch immer erschweren, endlich zu beseitigen. Denn zu viele Rückführungen  
186 scheitern bislang.

187 Fortbestehenden Möglichkeiten, sich einer rechtmäßigen Abschiebung faktisch zu entziehen,  
188 müssen wir konsequent entgegenwirken. Rückführungen müssen in der Praxis nicht nur häufiger  
189 durchgeführt, sondern ohne Ausnahme durchgesetzt werden. Das bestehende rechtliche  
190 Instrumentarium einschließlich Ausreisegewahrsam, von Mitwirkungs- und Sicherungshaft gilt es  
191 je nach Fallkonstellation in seiner ganzen Breite zu nutzen. Zudem sind auch die Kriterien für  
192 gesundheitliche Ausweisungs- und Abschiebehinderungsgründe zu überprüfen. Die bereits  
193 bestehende gute Zusammenarbeit zwischen Bundespolizei und Landespolizei bei der Rückführung  
194 ausreisepflichtiger Personen ist weiter auszubauen. Eine noch engere Kooperation kann zu einer  
195 erheblichen Effizienzsteigerung führen.

196 Um eine effizientere und schnellere Durchführung von Abschiebungen zu gewährleisten, schlagen  
197 wir eine stärkere Zentralisierung der Zuständigkeiten vor. Eine zentrale Stelle sollte für die  
198 Koordination und Durchführung von Abschiebungen verantwortlich sein. Dabei wollen wir auch  
199 eine strukturelle Trennung in der Zuständigkeit für die jeweils geltenden aufenthaltsrechtlichen  
200 Maßnahmen (Härtefälle / reguläre Fälle / extremistische und terroristische Ausländerinnen und  
201 Ausländer / straffällige Ausländerinnen und Ausländer).

202 Gewaltbereite und aggressive Ausreisepflichtige stellen eine besondere Herausforderung dar. Um  
203 die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, sollten diese Personen in einer landeszentralen,  
204 bewachten Gemeinschaftsunterkunft untergebracht werden, bis ihre Ausreise erfolgt. In (Straf-  
205 )Haft befindliche, ausreisepflichtige Personen werden nicht aus der Haft entlassen, sondern zentral  
206 aus der Haft abgeschoben. Bei besonders schwierigen Rückführungsfällen, insbesondere wenn es  
207 sich um straffällige Personen handelt, brauchen unsere Kommunen stärkere Unterstützung. Hier  
208 müssen Bund und Länder Hand in Hand arbeiten, um sicherzustellen, dass solche Fälle nicht an  
209 organisatorischen oder rechtlichen Hürden scheitern. Ergänzend schlagen wir vor, Maßnahmen  
210 zur Prävention von Radikalisierung in Flüchtlingsunterkünften zu ergreifen.

211 Zur Effizienzsteigerung bei Abschiebungen müssen bestehende Einrichtungen wie die  
212 Abschiebehaftanstalt in Glückstadt konsequent genutzt werden. Diese Einrichtung wurde genau zu  
213 diesem Zweck geschaffen und muss ihrer Funktion entsprechend optimal eingesetzt werden. Die  
214 Nutzung solcher Einrichtungen ist ein wichtiger Baustein in einer konsequenten  
215 Abschiebungspolitik.

216 Personen ohne Bleibeperspektive müssen konsequenterweise in den Landesunterkünften  
217 verbleiben, bis ihre Ausreise sichergestellt ist. Dies entlastet auch die aufnehmenden Kommunen.  
218 Die Anordnung der ausschließlichen Wohnsitznahme in der Landesunterkunft als regelhafte  
219 Sanktion bei Ausreisepflichtigen trägt zur Entlastung der Kommunen bei und signalisiert, dass ein  
220 Aufenthalt in Deutschland nur bei rechtmäßigem Aufenthalt möglich ist. Gerade im Sinne der  
221 geplanten Umstellung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) wird das Land keine  
222 Personen mehr auf die Kommunen verteilen, die unter die Dublin-III-Regeln fallen. Außerdem sind  
223 Konzepte für die Rückführung minderjähriger Geflüchtete zu entwickeln.

224 *Die CDU Schleswig-Holstein fordert:*

- 225 • Förderung der freiwilligen Rückkehr bei bestehender Ausreisepflicht,
- 226 • Möglichkeiten, sich der Abschiebung zu entziehen, konsequent abzuschaffen,
- 227 • Ausbau der Zusammenarbeit von Bundes- und Landespolizei bei der Rückführung  
228 ausreisepflichtiger Personen,
- 229 • Stärkere Zentralisierung der Zuständigkeiten,
- 230 • Unterbringung von gewaltbereiten und aggressiven Ausreisepflichtigen ausschließlich  
231 in einer landeszentralen Gemeinschaftsunterkunft,
- 232 • Konsequente Nutzung der Abschiebehaftanstalt in Glückstadt,
- 233 • Verbleib von Personen ohne Bleibeperspektive in den Landesunterkünften,
- 234 • Konzepte für die Rückführung minderjähriger Geflüchteter.

235

#### 236 Ausstattung der Ausländerbehörden

237 Ein wesentlicher Faktor für eine effizientere Abschiebungspolitik ist zudem die personelle  
238 Ausstattung der Ausländerbehörden auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte. Der  
239 Personalbedarf in diesen Einrichtungen muss dringend gedeckt werden, damit Abschiebungen  
240 zügig und rechtssicher durchgeführt werden können. Es ist unerlässlich, dass die Behörden mit  
241 ausreichend Ressourcen ausgestattet sind, um ihre Aufgaben effektiv zu erfüllen. Gleichzeitig ist  
242 die hohe Personalfuktuation in den Ausländerbehörden ein großes Problem, denn die  
243 Einarbeitung dauert aufgrund der komplizierten Rechtslage oft bis zu einem Jahr. Deswegen  
244 müssen die vorhandenen Arbeits- und Fachkräfte in den Ausländerbehörden gehalten werden,  
245 damit die angeeignete Sachkompetenz vorhanden bleibt. Auch eine stärkere interkommunale  
246 Zusammenarbeit bei der Durchführung von Abschiebungen kann zu einer Effizienzsteigerung  
247 beitragen.

248 Die oft kritisierte Praxis der Abschiebungen muss transparenter gestaltet werden. Hierzu schlagen  
249 wir vor, die Zuständigkeiten und Abläufe bei Abschiebungen auf kommunaler Ebene zu evaluieren  
250 und gemeinsam mit den Kommunen zu überarbeiten. Zum Beispiel wollen wir bei Einzelfällen,  
251 deren unverzügliche und effektive aufenthaltsrechtliche Bearbeitung aus besonderen Gründen  
252 erforderlich ist, die Bearbeitungszuständigkeit von den kommunalen Ausländerbehörden auf das

253 Land verlagern. Hierzu zählen Haftfälle, Straftäter, unklare Identitäten, strittige Zuständigkeiten  
254 und Fälle mit besonderer Brisanz im Einzelfall.

255 *Die CDU Schleswig-Holstein fordert:*

- 256 • Sicherung der personellen Ausstattung der Ausländerbehörden,
- 257 • Zuständigkeiten und Abläufe bei Abschiebungen auf kommunaler Ebene evaluieren und  
258 überarbeiten.

259

#### 260 Integration von Personen mit Bleibeperspektive

261 Wir müssen konsequent bei der Abschiebung von Personen ohne Bleibeperspektive sein.  
262 Gleichzeitig muss die Integration von Geflüchteten mit Bleibeperspektive gefördert werden. Der  
263 Spracherwerb ist hierbei von zentraler Bedeutung. Der Einsatz digitaler Lernangebote  
264 (insbesondere Sprachlern-Apps, Online-Kurse) und die Durchführung von Gesprächskreisen  
265 können den Spracherwerb beschleunigen. DAZ-Lehrkräfte sollten auch an Berufsschulen  
266 eingesetzt werden, um eine bessere berufliche Integration zu ermöglichen. Für bestimmte Berufe  
267 sind sprachlich vereinfachte Prüfungen denkbar. Eine noch engere Zusammenarbeit mit  
268 zivilgesellschaftlichen Organisationen kann die Integration von Flüchtlingen erheblich erleichtern.

269 Um die Integration von Flüchtlingen zu fördern und gleichzeitig die kommunale Infrastruktur zu  
270 entlasten, müssen die Bestimmungen für den Wohnungsbau vereinfacht werden. Hierzu sind  
271 insbesondere Erleichterungen bei Bauvorschriften und Genehmigungsverfahren notwendig.

272 Bereits im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober 2023 haben die Länder eine  
273 Pflicht zur Arbeitsaufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern gefordert, auch  
274 Schleswig-Holstein. Wir halten den MPK-Beschluss, dass die rechtlichen Möglichkeiten,  
275 Asylbewerber zu gemeinnützigen Arbeiten heranzuziehen, in breitem Maße genutzt werden sollen,  
276 nach wie vor für richtig. Wichtig ist dabei, dass das für unsere Kommunen, die im Zusammenhang  
277 mit der Aufnahme von Geflüchteten bereits an der Grenze der Leistungsfähigkeit sind, gut  
278 administrierbar bleibt. Wer dem nicht nachkommt, sollte auch mit Leistungskürzungen rechnen  
279 müssen. Wenn Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die eine Bleibeperspektive haben oder  
280 länger im Land sind, schneller in Arbeit kommen und für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen  
281 können, trägt das erheblich zur gesellschaftlichen Akzeptanz bei.

282 Für den Einzelfall muss gelten, sich durch seine Integrationsleistung auch ein Bleiberecht zu  
283 ermöglichen. Gleichzeitig müssen wir stärker als bislang auch auf negative Anreize setzen.  
284 Ausbleibende Integrationsfortschritte müssen Folgen für den Aufenthaltsstatus und den Anspruch  
285 auf staatliche Unterstützung haben. Wessen Integrationsprozess erhebliche Defizite aufweist, so  
286 dass kommunale Ressourcen überproportional gebunden werden, muss das Land stärker als  
287 bislang organisatorisch Verantwortung übernehmen. Identitätstäuschungen, das Begehen von  
288 Straftaten oder eine fehlende Kooperation mit den Behörden vor Ort müssen deutlichere  
289 Konsequenzen haben.



290 Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land haben Anspruch auf transparente Fakten zu  
291 Migration und Integration. Deswegen ist es nötig, sowohl Erfolge wie Defizite bei Migration und  
292 Integration klar zu kommunizieren. Schönreden und verschweigen ist nicht unser politischer  
293 Anspruch. Deswegen befürworten wir die Einführung eines „Integrationsbarometers“ nach  
294 dänischem Vorbild. Das Integrationsbarometer zeigt auf Grundlage von Kennzahlen wie  
295 Erwerbsquote, Ausbildungsquote, Kriminalitätsrate etc. bis auf die Ebene der einzelnen  
296 Kommunen hinunter, wie Integration gelingt – oder eben nicht gelingt. Dieses Instrument zeugt  
297 nicht nur von maximaler Transparenz gegenüber der Bevölkerung, sondern übt auch  
298 Handlungsdruck auf die politischen Akteurinnen und Akteure aus.

299 *Die CDU Schleswig-Holstein fordert:*

- 300 • Spracherwerb als zentrales Element der Integration von Personen mit  
301 Bleibeperspektive,
- 302 • Pflicht zur Arbeitsaufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern,
- 303 • negative Folgen für den Aufenthaltsstatus und die staatliche Unterstützung durch  
304 ausbleibende Integrationsfortschritte,
- 305 • Einführung eines Integrationsbarometers nach dänischem Vorbild.

306

### 307 **Schleswig-Holstein: Fach- und Arbeitskräfte dringend gebraucht!**

308 Unser Land braucht Fachkräfte – auch aus dem Ausland – braucht. Um den Herausforderungen des  
309 demografischen Wandels und dem Wachstum der vergangenen Jahre zu begegnen, müssen wir  
310 weitere Potenziale in der Erwerbsarbeit im Inland heben, aber auch durch Zuwanderung Zugang zu  
311 neuen Fach- und Arbeitskräften erschließen. Nur so werden wir langfristig unsere  
312 Wettbewerbsfähigkeit und unseren Wohlstand sichern können. Wir stehen in Konkurrenz zu  
313 anderen Ländern und Staaten. Daher müssen auch wir uns anstrengen, denn die Aufgabe wird in  
314 den kommenden Jahren immer größer. Die Lücke auf dem Arbeitsmarkt wird in den kommenden  
315 zehn Jahren auf über 300.000 Fach- und Arbeitskräfte ansteigen, wenn wir nicht jetzt reagieren.

316

317 Wir brauchen reguläre Migration, um unser Land am Laufen zu halten.

318 Größtes Hindernis einer Arbeitsmigration ist die Sprachbarriere. Für uns zählt dabei:  
319 Spracherwerb muss nicht zwangsläufig vor der Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit folgen. Eine  
320 neue Sprache erlernen wir nicht nur im Sprachkurs, sondern auch im Alltag, beim Einkaufen, im  
321 Sportverein – und auch bei der Arbeit. Wir sind der Auffassung, dass die schnellstmögliche  
322 Integration in Arbeit sowohl zielführend bei der Integration als auch bei der Bekämpfung des  
323 Arbeits- und Fachkräftemangels ist. Deshalb unterstützen wir den Job-Turbo zur schnelleren  
324 Integration von Geflüchteten im Arbeitsmarkt. Dabei ist es zentral, dass wir Arbeitssuchende und  
325 Unternehmen, Institutionen und Menschen, die Arbeit anbieten, schnellstmöglich  
326 zusammenbringen. Das muss sowohl online, dezentral in Städten, Gemeinden oder Kreisen über

327 Job-Speed-Datings, aber auch zentral auf Landesebene, z. B. über eine landesweite Jobbörse mit  
328 der Zielrichtung „Ich will arbeiten – ich habe Arbeit“ ermöglicht werden.

329 Daneben sehen wir aber auch das Erfordernis, Personen, die noch nicht dezentral untergekommen  
330 sind und/oder die zwar eine gewisse Bleibeperspektive aufweisen, ohne dass sie bereits einen  
331 dauerhaften Aufenthaltstitel haben, die Möglichkeit zu eröffnen, auf dem Arbeitsmarkt schneller  
332 beziehungsweise überhaupt Fuß zu fassen. Das darf allerdings nur für Personen gelten, die  
333 integrationswillig sind und straffrei leben.

334 Wer aus dem Ausland kommt und eine berufliche Grundqualifikation insbesondere in den  
335 sogenannten Mangelberufen sowie ausreichend gute Deutschkenntnisse nachweisen kann, der soll  
336 auch in Schleswig-Holstein eine reguläre duale Berufsausbildung beginnen können. Das Welcome  
337 Center Schleswig-Holstein ist erfolgreich gestartet. Als zentrale Anlaufstelle in Schleswig-Holstein  
338 für Unternehmen und internationale Talente wird hier der Weg aus dem Ausland nach Schleswig-  
339 Holstein geebnet. Diese Struktur müssen wir in den kommenden Jahren weiterentwickeln. Gerade  
340 kleine und mittlere Unternehmen brauchen spezifische Unterstützung.

341 *Die CDU Schleswig-Holstein fordert:*

- 342 • Umsetzung des Job-Turbos zur schnelleren Integration von Geflüchteten am  
343 Arbeitsmarkt,
- 344 • Geeigneten Menschen aus dem Ausland den Zugang zum Ausbildungsmarkt  
345 ermöglichen,
- 346 • Zentrale, dezentrale und Online-Formate, die Arbeitssuchende und Jobanbieterinnen  
347 und -anbieter miteinander vernetzen,
- 348 • Einen vereinfachten Zugang zum Arbeitsmarkt durch die schnellere Anerkennung von  
349 ausländischen Berufsqualifikationen und Abschlüssen sowie die Schaffung von  
350 Nachqualifizierungs- und angepassten Sprachangeboten,
- 351 • Rechtliche Erleichterungen bei der Arbeitsaufnahme von Geflüchteten.

352

### 353 Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland

354 Wir müssen aber auch gezielt im Ausland für Schleswig-Holstein und den Norden werben. Dabei  
355 wollen wir mit anderen Ländern zusammenarbeiten und Anwerbestrategien entwickeln. Zudem  
356 wollen wir in Kooperation mit den Goethe-Instituten geeigneten Menschen aus dem Ausland den  
357 Zugang zum Ausbildungsmarkt in Schleswig-Holstein erleichtern. Wir werden uns auf  
358 Bundesebene dafür einsetzen, die Goethe-Institute mit ihren 159 Einrichtungen in 98 Ländern  
359 stärker einzubinden, um für Arbeitsmigranten frühzeitig den deutschen Spracherwerb im eigenen  
360 Land zu ermöglichen. Dazu gehört eine ausreichende Finanzierung der Goethe-Institute, mit der  
361 letztlich Sprachkurse zu angemessenen Preisen angeboten werden können. Wir brauchen  
362 Bedingungen, die für interessierte Fach- und Arbeitskräfte so attraktiv sind, dass Deutschland die  
363 erste Wahl wird. Die wichtigsten Handlungsfelder sind ein attraktives Aufenthaltsrecht für

364 Arbeitsmigration, die angemessene Berufsankennung von Qualifikationen und Fähigkeiten aus  
365 dem Ausland sowie die Etablierung einer Willkommenskultur, die eine längerfristige Zuwanderung  
366 in unseren Arbeitsmarkt möglich macht und positiv unterstützt. Dabei hat sich gezeigt, dass  
367 insbesondere die langwierigen Anerkennungsverfahren von beruflichen Qualifikationen ein großes  
368 Hindernis für die Fachkräfteeinwanderung darstellen. Wir wollen deswegen auch qualifizierten  
369 Unternehmen ermöglichen, Berufsqualifikationsanerkennungen durchzuführen. Dies soll in enger  
370 Abstimmung mit der IHK und der Handwerkskammer sowie nach festgelegten Standards erfolgen.  
371 Visaverfahren müssen nicht nur zügiger erfolgen, sondern auch bürokratieärmer - Anforderung an  
372 Fach- und Arbeitskräfte dürfen nicht maßlos werden. Eine Maßnahme können dafür weitere  
373 bilaterale Abkommen darstellen. Wir haben verstanden, dass wir uns Fachkräfte aus dem Ausland  
374 nicht aussuchen können, sondern dass es darum geht, dass sich Fachkräfte für oder gegen uns  
375 entscheiden. Wir stehen in einem harten Wettbewerb mit anderen Industrienationen, in dem wir  
376 nur bestehen werden, wenn wir im internationalen Vergleich auch attraktiv genug sind. Dabei  
377 müssen wir auch neue Wege ausprobieren. Englisch ist Weltsprache und gleichzeitig auch in  
378 Schleswig-Holstein größtenteils erlernte Fremdsprache Nr. 1. Wir wollen die englische  
379 Sprachkompetenz der Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter deshalb weiter verbessern. Dies  
380 gilt insbesondere für Behörden, mit denen ausländische Fachkräfte regelmäßig Kontakt haben.

381 *Die CDU Schleswig-Holstein fordert:*

- 382 • Kooperation mit den Goethe-Instituten im Ausland ausbauen,
- 383 • Durchführung von Berufsqualifikationsanerkennungen durch qualifizierte  
384 Unternehmen,
- 385 • Verbesserung der englischen Sprachkompetenz in unseren Behörden.